



Tätigkeitsprogramm 2004 des Schweizerischen Bauernverbandes

Programme d'activités 2004 de l'Union Suisse des Paysans

Brugg, November 2003

Bilder: Fotowettbewerb von „Gut, gibt's die Schweizer Bauern.“

Illustrations: concours de photo „Proches de vous. Les paysans suisses.“



Inhaltsverzeichnis

I. Grundsätzliches und Vorbemerkungen	3
II. Schwerpunktthemen 2004	5
1. Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO)	5
2. Auswirkungen der EU-Agrarpolitik, Osterweiterung und Bilateralen Verträge auf die schweizerische Landwirtschaft	7
3. Umsetzung der Agrarpolitik 2007	9
4. Stellung der Landwirtschaft auf dem Markt	10
5. Weiterentwicklung der Milchmarktordnung	12
6. Kommunikation nach Innen und Aussen	14
7. Regionalpolitik / Raumentwicklung	16
8. Berufsbildung	18
9. Dienstleistungen für die Bauernfamilien	19
10. Der Bauer als Unternehmer (Strategie 2010)	20
III. Projekte und Aufgaben der Departemente	21
1. Stab / Kommunikation	21
2. Departement Agrarwirtschaft und internationale Beziehungen (DAI)	23
3. Departement Produktion – Märkte (DPM)	25
4. Departement Soziales, Bildung und Dienstleistungen (DSBD)	27



I. Grundsätzliches und Vorbemerkungen

Im Januar 2003 präsentierte der SBV erstmals einen Situationsbericht. Dieser macht deutlich, dass die Situation für die Bauernfamilien schwierig ist. Die internationale Entwicklung (WTO-Verhandlungen, Umsetzung Bilaterale Verträge mit der EU), der Spardruck bei den Bundesfinanzen und der Preisdruck auf den Produkten halten den Druck auf die Landwirtschaft auch im Jahr 2004 und darüber hinaus aufrecht. Ab 2004 wird zudem die nächste vom Parlament im Sommer 2003 beschlossene Reformetappe der Agrarpolitik (AP 2007) umgesetzt. Diese hat einen weiteren Abbau der Marktstützungen zur Folge und sieht die Aufhebung der Milchkontingentierung per 1. Mai 2009 (Ausstieg einzelner Produzentenorganisationen bereits ab 1. Mai 2006 möglich) vor, was eine neue grosse Herausforderung bringen wird.

Beim Einsatz für die Landwirtschaft und bei seiner ganzen Arbeit steht für den SBV eine produzierende Landwirtschaft mit Anrecht auf faire Produzentenpreise im Vordergrund. Dieses Ziel kann am besten durch eine nachhaltige Bewirtschaftung sowie die Erfüllung multifunktionaler Aufgaben flächendeckend gewährleistet werden. Die Einkommen der Bauerfamilien müssen mit denjenigen anderer Wirtschaftssektoren Schritt halten können, da sonst die Attraktivität des Berufsstandes nicht mehr gegeben ist.

Dies bedeutet für die Tätigkeit des SBV:

- Auf wirtschaftlich und ökologisch leistungsfähigen Betrieben muss ein Einkommen erzielt werden können, das mit demjenigen in ähnlich qualifizierten Funktionen der übrigen Wirtschaft vergleichbar ist. Den in den Artikeln 5 und 7 des Landwirtschaftsgesetzes festgehaltenen Bestimmungen ist mehr Beachtung zu verschaffen.
- Es ist alles daran zu setzen, dass dem schweizerischen Kostenumfeld entsprechende Produzentenpreise erzielt werden. Der SBV bekämpft konsequent neue Auflagen, welche die Produktion weiter verteuern (zum Beispiel durch die Unterstützung eines Auflagenmoratoriums). Er setzt sich für die Vereinfachung und Vereinheitlichung der Kontrollen ein.
- Die Stellung der Landwirtschaft auf dem Markt muss gestärkt werden, damit der mit der neuen Agrarpolitik geschaffene Handlungsspielraum zugunsten der Bauern genutzt werden kann. Die Chancen der einheimischen Produkte sind im In- und Ausland konsequent zu verbessern. Für Importe sind die einschlägigen Deklarationsvorschriften konsequent anzuwenden.
- Die gesamte schweizerische Ernährungswirtschaft muss im Hinblick auf die zunehmende Konkurrenz auf den internationalen Märkten gestärkt werden. Dazu sind gemeinsame Anstrengungen der Produzenten, der Verarbeiter und der Vermarkter notwendig. Die Zusammenarbeit mit den wichtigsten Marktpartnern ist weiter zu intensivieren.
- Der Produktionsstandort Schweiz muss für die Landwirtschaft günstiger werden. Der agrarpolitisch bedingte administrative Aufwand für die Bauernbetriebe ist weiter zu senken.
- Die Instrumente der Agrarpolitik müssen im Interesse von produzierenden Bauernbetrieben wirksam eingesetzt werden. Dabei ist zu berücksichtigen, dass in vielen Regionen Erwerbskombinationen (und damit auch die Regionalpolitik) wichtiger werden.
- Die Agrarpolitik 2007 gilt es praxisnah umzusetzen.



- Bei den WTO-Verhandlungen müssen ausgewogene Lösungen gefunden werden, die den multifunktionalen Charakter der Landwirtschaft mitberücksichtigen.
- Viele Problemstellungen sind nicht mehr von der Landwirtschaft allein zu lösen. Sie sind für den ganzen ländlichen Raum von Bedeutung und müssen aus Sicht der Regionalentwicklung angegangen werden. Der Regionalpolitik kommt auch im Zusammenhang mit der zunehmenden Zahl von Zu- und Nebenerwerbsbetrieben eine immer grössere Bedeutung zu.
- Die Kommunikation mit der nichtlandwirtschaftlichen Bevölkerung muss im Interesse des Images der Landwirtschaft sowie des Produkteabsatzes weitergeführt werden. Dabei gilt es, die vielfältigen Leistungen der Landwirtschaft zugunsten der Allgemeinheit verstärkt zu betonen.
- Um die Positionen des SBV weiter zu stärken, müssen diese verstärkt nach Innen, das heisst gegenüber den Bauernfamilien, kommuniziert werden. Dazu ist eine intensive Zusammenarbeit mit den Mitgliedsektionen und eine starke Medienpräsenz erforderlich.
- Um den Bauernfamilien zu helfen, die vielfältigen Herausforderungen erfolgreich zu bewältigen, bietet ihnen der SBV massgeschneiderte, kostengünstige und qualitativ hochstehende Dienstleistungen an.



„Weinbau“ von Regula Selm aus Zürich

II. Schwerpunktthemen 2004

1. Doha-Runde der Welthandelsorganisation (WTO)

Ausgangslage / Zielsetzungen

Die laufende WTO-Verhandlungsrunde wurde im November 2001 in Doha lanciert. Gemäss Fahrplan hätten bis Ende März 2003 die Modalitäten für die Agrarverhandlungen festgelegt werden sollen. Wegen der stark divergierenden Interessen einzelner Gruppen ist dies jedoch nicht gelungen. Auch an den beiden Mini-Ministerkonferenzen in Sharm El Sheik im Juni und in Montréal im Juli konnten sich die Akteure nicht annähern. An der Ministerkonferenz in Cancún im September 2003 ist es den WTO-Mitgliedstaaten ein weiteres Mal nicht gelungen, die unterschiedlichen Interessen im Agrarbereich zu einem Konsens zusammenzuführen und Modalitäten für die Weiterentwicklung des Agrardossiers festzulegen.

Die Auseinandersetzungen in den Agrarverhandlungen sind auf ein unterschiedliches Verständnis der Rolle der Landwirtschaft in den Volkswirtschaften und der Gesellschaften zurückzuführen. Die Vorstellung einer rein nahrungsmittelproduzierenden Landwirtschaft trifft auf das Konzept einer multifunktionalen Landwirtschaft, die neben Nahrungsmitteln noch öffentliche Leistungen bereitstellt. Auf der einen Seite stehen Staaten wie Argentinien, Australien, Brasilien, Neuseeland oder die USA, die günstige Voraussetzungen haben, um in grossem Ausmass billige Agrarprodukte herzustellen. Auf der anderen Seite stehen Länder wie die Schweiz, Norwegen, Japan oder Island. Diese sind wegen topografischen und klimatischen Gegebenheiten bei der landwirtschaftlichen Produktion weniger wettbewerbsfähig und die Gesellschaft in diesen Staaten verlangt von den Landwirten Leistungen, die weit über die Produktion von Nahrungsmitteln hinausgehen.

Die Verhandlungen im Agrarbereich gehen trotz der grossen Schwierigkeiten weiter und der Druck auf die schweizerische Landwirtschaft wird keinesfalls geringer. In der WTO werden weiterhin alle Hebel in Bewegung gesetzt, damit bei den Agrarverhandlungen entscheidende Fortschritte erzielt werden.

Der SBV setzt sich auch 2004 für die Anliegen der schweizerischen Landwirtschaft in der Welthandelsorganisation (WTO) ein. Es müssen ausgewogene Handelsregeln vereinbart werden, welche den multifunktionalen Charakter der Landwirtschaft mitberücksichtigen:

- Das Prinzip der Multifunktionalität der Landwirtschaft muss in der WTO beibehalten und weiter ausgebaut werden.
- Die Liberalisierung darf nicht weitergehen als AP 2002 und AP 2007. Die schweizerische Landwirtschaft ist insbesondere im Bereich des Grenzschutzes verletzlich. Dem besonderen wirtschaftlichen Umfeld der Schweiz gilt es bei der WTO Rechnung zu tragen.
- Auch indirekte Instrumente des Agrarschutzes wie fiskalische Vorteile, Preisools usw. sind in der WTO zu diskutieren und in das Abkommen zu integrieren.
- Themen wie Deklaration, Herkunftsbezeichnung und Produktionsmethoden sollen in der Doha-Runde ihren Niederschlag finden, entsprechende Massnahmen beschlossen und umgesetzt werden.



- Die Weiterführung der Schutzklausel ist sinnvoll, doch muss sie so ausgestaltet werden, dass sie bei Bedarf schnell und zielgerichtet angewendet werden kann und einen effektiven Schutz vor übermässigen Importen bietet (Automatisierung).
- Die Liberalisierung des Agrarhandels kann keine Zielsetzung in sich sein, sondern ein Instrument zur Erreichung einer weltweit höheren Ernährungssicherung der Weltbevölkerung.

Massnahmen / Aktivitäten

Mittel und langfristig

- Einsatz für die Ziele des SBV (siehe oben) in den WTO-Verhandlungen, in Zusammenarbeit mit Bauernverbänden anderer Staaten sowie nationalen und internationalen Interessenorganisationen.
- Verfolgen einer Weiterentwicklung der schweizerischen Agrarpolitik, welche die Wettbewerbsfähigkeit der Landwirtschaft stärkt.

2004

- Einsatz für die Interessen der schweizerischen Landwirtschaft in den laufenden WTO-Verhandlungen.
- Abschätzung der möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Liberalisierungsschritte auf die schweizerische Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit BLW und seco und Ausarbeitung von Strategien zur Bewältigung der Herausforderungen.

WTO – Wie weiter ?



Quelle: Schweizerischer Bauernverband



2. Auswirkungen der EU-Agrarpolitik, Osterweiterung und Bilateralen Verträge auf die schweizerische Landwirtschaft

Ausgangslage / Zielsetzungen

Ende Juni 2003 haben sich die Landwirtschaftsminister der EU Mitgliedstaaten über die Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik der EU (GAP) geeinigt. Dies nicht zuletzt unter dem Druck der immer näher rückenden Osterweiterung. EU-Agrarkommissar Franz Fischler sprach sogar vom «Beginn einer neuen Ära».

Das Reformpaket enthält vier Kernelemente: Direktzahlungen sollen in Zukunft teilweise unabhängig von der Produktion ausgerichtet werden. Zweitens sollen die Direktzahlungen an die Einhaltung von Standards im Bereich Umwelt und Tierwohl geknüpft sein. Im weiteren sollen durch die schrittweise Kürzung der Direktzahlungen Mittel für die Stärkung der ländlichen Räume bereitgestellt werden. Schliesslich ist in den nächsten Jahren eine Senkung der Interventions- und Richtpreise für Getreide, Milch und einige weitere Produkte vorgesehen.

Im Zentrum der Reform steht die Teilentkoppelung der Direktzahlungen von der Produktion. Die Flächenbeiträge und Tierprämien werden teilweise in eine Betriebsprämie umgewandelt. Dabei wird davon ausgegangen, dass die Landwirte bei teilentkoppelten Direktzahlungen ihre Produktionsentscheide vermehrt auf den Markt und nicht nach der Höhe der Prämien ausrichten werden. Mit der verstärkten Orientierung am Markt verspricht sich die EU eine Eindämmung der Überschussproblematik.

Am 1. Juni 2002 sind die Bilateralen Verträge zwischen der Schweiz und der EU in Kraft getreten. Für die Landwirtschaft ist in diesem Zusammenhang das Käseabkommen von zentraler Bedeutung. Dieses sieht u.a. eine bis 2007 schrittweise umzusetzende vollständige Liberalisierung des Käsemarktes zwischen der Schweiz und der EU vor. Dadurch wird der schweizerische Milchmarkt eng an denjenigen der EU angebunden. Entsprechend werden Entwicklungen auf dem EU-Milchmarkt noch stärker auf den schweizerischen übertragen, als dies bereits heute der Fall ist. Die EU-Kommission schlägt in ihren Verordnungsvorschlägen zwar eine Weiterführung der Milchquoten bis 2014/15 vor, jedoch sollen die Interventionspreise für Butter und Magermilchpulver gesenkt werden. Die dadurch ausgelöste Senkung des Milchpreises wird auch das Milchpreisniveau in der Schweiz beeinflussen.

Verwendet die schweizerische Nahrungsmittelindustrie inländische landwirtschaftliche Rohstoffe und exportiert anschliessend das Endprodukt, so wird gemäss dem «Schoggigesetz» die Rohstoffpreisdifferenz (Preisausgleich) zwischen In- und Ausland rückerstattet. Dieses Gesetz erlaubt der inländischen Nahrungsmittelindustrie, einheimische landwirtschaftliche Rohstoff zu verwenden, ohne dass dadurch die internationale Wettbewerbsfähigkeit beeinträchtigt wird. Dieser Preisausgleichsmechanismus¹ soll im Rahmen der Bilateralen II vereinfacht und die Liste der Agrarrohstoffe ohne Preisausgleich erweitert werden.

Per 1. Mai 2004 wird die EU um zehn Mitgliedstaaten² wachsen. Die Osterweiterung vergrössert den EU-Binnenmarkt um mehr als 100 Millionen Konsumenten und Konsumentinnen. Sie wird sich auf die schweizerische Landwirtschaft auf zwei Arten

¹ Es handelt sich dabei um die Aktualisierung des Protokolls 2 zum Freihandelsvertrag von 1972

² Dazu gehören die acht mittel- und osteuropäischen Staaten (MOEL) Polen, Ungarn Tschechien, Slowenien, Estland, Slowakei, Litauen und Lettland und die beiden Inselstaaten Malta und Zypern



auswirken. Einerseits direkt, da der Geltungsbereich der Bilateralen Verträge mit der EU automatisch auf die Beitrittsländer ausgedehnt wird. Andererseits indirekt, da die Integration von einigen Staaten mit einem grossen Produktionspotenzial wie Polen, Slowakei, Slowenien oder Tschechien die Agrarreform in der EU beschleunigen wird. Es ist zu erwarten, dass die Agrarwirtschaften dieser neuen Länder mittel- und langfristig einen starken Preisdruck auf die Produzentenpreise in der EU und somit auch auf die Preise in der Schweiz ausüben werden. Mit der Erweiterung wird auch der freie Personenverkehr übernommen. Der SBV verlangt, dass den Schweizer Bauern die Möglichkeiten zur Rekrutierung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern möglichst bald offen steht.

Massnahmen / Aktivitäten

Mittel und langfristig

- Verfolgen der Entwicklung der Agrarpolitik in der EU und Auswirkungen auf die Schweiz.
- Abschätzen von Chancen und Risiken der Osterweiterung.
- Begleitung und Weiterentwicklung der bilateralen Verträge mit der EU.
- Ermöglichung der Rekrutierung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern.

2004

- Einsatz für das Dossier «Verarbeitete Nahrungsmittel» beim Abschluss der bilateralen Verträge II.
- Abschätzung der möglichen Auswirkungen der Reform der Gemeinsamen Agrarpolitik und der Osterweiterung der EU auf die schweizerische Landwirtschaft.
- Einsatz für die Öffnung des Arbeitsmarktes für die Rekrutierung von Arbeitskräften für die Landwirtschaft.



« Dernière chaleur » de Marianne Fiaux de Genève

3. Umsetzung der Agrarpolitik 2007

Ausgangslage / Zielsetzungen

Im Juni 2003 haben die eidgenössischen Räte die Beratung zur Agrarpolitik (AP) 2007 abgeschlossen. Das Landwirtschaftsgesetz, das Tierseuchengesetz, das bäuerliche Bodenrecht und einige weitere Gesetzesbestimmungen wurden revidiert. Ebenso die entsprechenden Ausführungsbestimmungen auf Verordnungsstufe. Mit der AP 2007 wird der mit der AP 2002 eingeschlagene Weg (mehr Markt, weniger Regulierung) weiterverfolgt. Bereits die AP 2002 hat die ganze Land- und Ernährungswirtschaft in der Schweiz vor eine grosse Herausforderung gestellt. Die Bauernfamilien haben in bemerkenswerter Weise darauf reagiert. Nun gilt es, die AP 2007 umzusetzen und dieser neuen Herausforderung mit einem weiterhin grossen Engagement zu begegnen.

Der SBV setzt sich dafür ein, dass das in der AP 2007 vorhandene Instrumentarium mit Blick auf den wirtschaftlichen Erfolg der Bauernbetriebe optimal eingesetzt wird. Dabei schenkt er einem erfolgreichen Marktauftritt ein besonderes Augenmerk. Er verfolgt die Auswirkungen der AP 2007 und setzt sich für nötige Korrekturen ein. Der SBV setzt sich dafür ein, dass die produzierende Landwirtschaft Zukunftsperspektiven hat. Die Landwirte müssen auf die neuen Herausforderungen reagieren können. Sie müssen beispielsweise auch in Zukunft kostensenkende Massnahmen ergreifen, Innovationen entwickeln, Nebenerwerbsmöglichkeiten erschliessen, die Öffentlichkeitsarbeit intensivieren und im Bereich der Absatzförderung für ihre Produkte Aktivitäten entwickeln. Dazu ist jedoch Handlungsspielraum notwendig. Der SBV setzt sich dafür ein, dass den Landwirten der nötige Freiraum gewährt wird. Die Bauernfamilien dürfen über wirtschaftliche oder produktionstechnische Rahmenbedingungen nicht unnötig eingeschränkt werden.

Massnahmen / Aktivitäten

Mittel und langfristig

- Vertretung einer Agrarpolitik, die der Nahrungsmittel produzierenden Landwirtschaft eine Zukunftsperspektive gibt.
- Kostensenkungsmöglichkeiten schaffen, durch Deregulierung verschiedener die Landwirtschaft betreffende Rahmenbedingungen ausserhalb des Landwirtschaftsgesetzes, und diese aufzeigen.
- Verhinderung neuer kostentreibender Auflagen.

2004

- Umsetzung der AP 2007 nach ihrer Praxistauglichkeit beurteilen. So beispielsweise die Versteigerung der Zollkontingente beim Fleisch oder die Erhöhung der Milchkontingente einzelner Produzentengruppen.
- Auswirkungen der AP 2007 auf die wirtschaftliche und soziale Situation der Bauernfamilien analysieren.
- Situationsbericht 2004 erstellen und publizieren.



4. Stellung der Landwirtschaft auf dem Markt

Ausgangslage / Zielsetzungen

Die negative Entwicklung der bäuerlichen Einkommen sowie die dramatischen Ereignisse im Fleisch- und Milchsektor haben deutlich gezeigt, wie wichtig die Produktpreise für die Aufrechterhaltung und Weiterentwicklung der landwirtschaftlichen Betriebe sind. Die durch den Preiszerfall erlittenen Erlöseinbussen können durch Direktzahlungen nur unzureichend kompensiert werden. Es muss den Produzenten zusammen mit den Verarbeitern, dem Lebensmittelhandel und den Konsumenten daher gelingen, für Schweizer Qualitätsprodukte am Markt faire Preise zu erzielen. Preise und Margen müssen so gestaltet werden, dass alle gut geführten Unternehmen der Wertschöpfungskette ein gerechtes Einkommen erwirtschaften können. Die erzielten Mehrwerte entlang der Wertschöpfungskette müssen gerecht verteilt werden. Es ist eine zentrale Aufgabe des SBV, auf die Festlegung der Rahmenbedingung so einzuwirken, dass Marktchancen und Spielräume im Interesse der Landwirtschaft genutzt werden können. Dies bedeutet, dass folgende Zielsetzungen verfolgt werden müssen:

- Schaffung von effizienten Organisationsstrukturen (z.B. Produzentengemeinschaften, Servicepools), welche das Gewicht der Landwirtschaft auf dem Markt verstärken.
- Aufrechterhaltung des bestehenden Grenzschatzes und der Marktstützung.
- Konsequente Beachtung der Kostenfolge beim Erlass staatlicher oder privater Bestimmungen (z.B. Gesetze, Labels), welche die landwirtschaftliche Produktion tangieren.
- Sammlung und Aufbereitung von Informationen über das Marktgeschehen, welche von den Produzenten bei der optimalen Vermarktung verwendet werden können.
- Anstreben von stabilen Marktverhältnissen mittels Branchenlösungen. Aktive Teilnahme bei Branchenorganisationen.
- Schaffung von möglichst vollständiger Transparenz und von fairen Vermarktungsbedingungen auf den Märkten. In diesem Zusammenhang ist auch das Engagement des SBV für das Projekt «Marktinformationsplattform» MIP weiterzuführen.
- Umsetzung der Deklaration von Herkunft und Produktionsmethoden. Umsetzung neues Herkunftszeichen «Suisse Garantie».
- Schaffung von geschützten Ursprungs- und Herkunftsbezeichnungen.
- Verbesserung der Absatzchancen für einheimische Produkte im In- und Ausland.

Massnahmen / Aktivitäten

Mittel und langfristig

- Aktive Mitarbeit von Vertretern des SBV in Produzenten- und Branchenorganisationen, damit Querverbindungen sichergestellt sind.
- Dem Bereich Produktion den notwendigen Stellenwert innerhalb der Branchenorganisationen verschaffen.
- Erweiterung der Zusammenarbeit mit Promotions- und Absatzunternehmen (z.B. AMS Agro-Marketing Suisse), welche sich für die Absatzförderung für Schweizer Landwirtschaftsprodukte engagieren.

2004

- Kein weiterer Abbau der Marktstützung im Rahmen der AP 2007 ohne Kompensationen.
- Weiterführung der Basiskommunikation, um die Ausgangslage für im Verkauf tätige Akteure zu verbessern.
- Unterstützung Produzentenorganisationen bei der Anpassung ihrer Strukturen gemäss Art. 8 und 9 LwG.
- Verwirklichung der Positivdeklaration für schweizerische Produktionsmethoden.
- Umsetzung des Projektes «Suisse Garantie».
- Intensivierung der Beziehung mit den Konsumentenorganisationen.
- Kontakte mit Grossverteilern und Gastronomie weiterführen und diese für Anliegen der Produktion gewinnen.
- Realisierung einer Entscheidungsplattform der bestehenden Rindviehproduzentenorganisationen, welche sich insbesondere mit marktrelevanten Themen auseinander zu setzen hat.



„Landschaft“ von Silvia Etterlin aus Muri AG

5. Weiterentwicklung der Milchmarktordnung

Ausgangslage / Zielsetzungen

Das Parlament hat im Rahmen der AP 2007 entschieden, die öffentlich-rechtliche Milchkontingentierung per 30. April 2009 aufzuheben. Milchproduzenten, die Mitglied einer Branchenorganisation sind, oder die mit einem bedeutenden regionalen Milchverwerter zusammengeschlossen sind, können bereits ab 2006 aus der Milchkontingentierung entlassen werden. Nach beinahe drei Jahrzehnten mit einer durch die staatliche Angebotsteuerung geprägten Milchmarktordnung stellt der Ausstieg aus der Kontingentierung eine grosse Herausforderung für die schweizerische Milchwirtschaft dar. Das Parlament hat den Ausstieg aus der Milchkontingentierung beschlossen, ohne klare Vorstellungen darüber, wie es ohne Kontingentierung konkret weitergehen soll.

Der Bundesrat muss dem Parlament bis 2006 einen Vorschlag für die Ausgestaltung der Milchmarktordnung und der flankierenden Massnahmen nach dem Ausstieg aus der Milchkontingentierung unterbreiten. Voraussichtlich wird das BLW diesen Bericht bereits 2005 präsentieren. Die Ausgestaltung der neuen Milchmarktordnung muss in den bäuerlichen Organisationen bereits heute intensiv diskutiert werden. Nur so können die bäuerlichen Anliegen in das vom BLW zu erarbeitende Ausstiegskonzept eingebracht werden.

Die Rahmenbedingungen müssen auch in Zukunft so gelegt werden, dass sich die Milchwirtschaft in der Schweiz weiter entwickeln kann. Um dies zu erreichen, sind Anstrengungen auf allen Stufen, vom Produzenten über die Verarbeitung bis zur Vermarktung, notwendig. Der SBV setzt sich in Zusammenarbeit mit dem SMP dafür ein, dass Voraussetzungen geschaffen werden, damit die Marktchancen und Spielräume im Interesse der Landwirtschaft genutzt werden können und dass der Ausstieg aus der Milchkontingentierung geordnet abläuft.

Der Zahlungsrahmen 2004/2007 sieht eine weitere Umlagerung von finanziellen Mitteln aus dem Bereich der Marktstützung hin zu Direktzahlungen vor. Zudem werden durch das Entlastungsprogramm des Bundes die finanziellen Mittel für die Marktstützung weiter geschmälert. Der Abbau der Marktstützung trifft die Milchproduzenten hart. Der SBV wird sich zusammen mit dem SMP dafür einsetzen, dass die frei werdenden Mittel, welche durch den Abbau der Marktstützung im Milchbereich entstehen, den Milchproduzenten im Form von Direktzahlungen zugute kommen. Der SBV wird sich auch der innerlandwirtschaftlichen Diskussion um die Verteilung der Direktzahlungen stellen und Lösungsvorschläge ausarbeiten.

Massnahmen / Aktivitäten

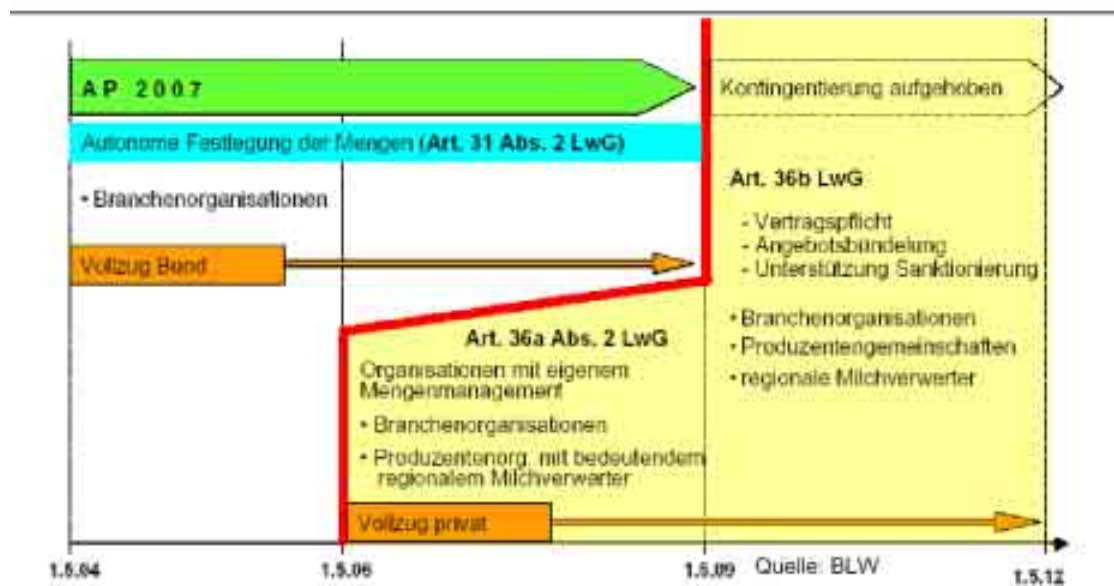
Mittel und langfristig

- In enger Zusammenarbeit mit dem Verband Schweizer Milchproduzenten (SMP) eine praxistauglichen Milchmarktordnung nach Aufhebung der Milchkontingentierung erarbeiten.
- Zusammen mit dem SMP, den Milchverarbeiter und –Vermarktern eine gemeinsame Strategie zur Stärkung der schweizerischen Milchwirtschaft erarbeiten.

2004

- Mitarbeit in Arbeitsgruppen der SMP, in denen die Eckpunkte der Milchmarktordnung nach Ausstieg aus der Kontingentierung konkretisiert werden. Die Vorschläge sollen in den Bericht des BLW einfließen.
- Umbau der Marktstützungen in Direktzahlungen.
- Erarbeiten der notwendigen flankierenden Massnahmen zum Ausstieg aus der Kontingentierung, so beispielsweise Anpassungen im Direktzahlungsbereich. Die Vorschläge sollen in den Bericht des BLW einfließen.

Aufhebung Milchkontingentierung



→ Der SBV und SMP erarbeiten die die Ausgestaltung der Milchmarktordnung ohne Milchkontingentierung

6. Kommunikation nach Innen und Aussen

Ausgangslage / Zielsetzungen

Eine gute Basiskommunikation, ergänzt durch Massnahmen der Branchen, verbessert die Erfolgsaussichten für den Verkauf einheimischer Produkte und legt die Basis dafür, dass der Produkteverkauf – für den selbstverständlich auch eine spezifische Werbung gemacht werden muss – erfolgreich ist. Auch wird dadurch das Fundament für eine positive Einstellung gegenüber der Landwirtschaft gelegt, von welcher die Bauern bei politischen Entscheiden profitieren können. Gemäss Meinungsumfragen steigt das Image der Landwirtschaft seit 1998 wieder an, nachdem es zuvor während zehn Jahren stets gesunken ist. Eine Ende 2002 durchgeführte Werbewirkungskontrolle zeigt, dass die Basiskommunikation der Schweizer Landwirtschaft («Gut, gibt's die Schweizer Bauern») gut ankommt und Wirkung erzielt. Die erwünschte Sensibilisierung zu Gunsten einheimischer Produkte findet tatsächlich statt.

Der SBV und seine Partnerorganisationen haben die 1998 begonnene Imagekampagne «Gut, gibt's die Schweizer Bauern» laufend ausgebaut. Die über mehrere Jahre laufenden Massnahmen (Fernsehwerbung, Messeauftritte, 1. August-Brunch, Schulprojekte, Internetauftritt, Herausgabe von Broschüren usw.) wurden 2003 um eine neue Plakatkampagne erweitert. Dazu kamen die Ausstellungen «Swiss Bauern Food Land» auf dem Ballenberg und im Rahmen des Gedenkjahrs an den Bauernkrieg von 1653 die Ausstellung «Land und Stadt» in der Schaukäserei Affoltern. Zum UNO-Jahr des Wassers beteiligte sich «Gut, gibt's die Schweizer Bauern» an der Sonderschau «Aqua Agricultura».

2003 wurde bezüglich Kommunikation nach Innen die 2002 eingeführte Neuerung, der Publikation eines Wochentelegramm in der BauernZeitung und Agri (Westschweiz), mit dem über die Arbeit des SBV informiert wird, weitergeführt. Für die Kommunikation nach Innen sind auch die zahlreichen Auftritte von Exponenten des SBV wichtig. Ein weiteres Element der Kommunikation nach Innen war die Herstellung und Distribution des Flyers «Gemeinsam sind wir stark», der die Organisation, Aufgaben und Aktivitäten des SBV aufzeigt.

Alle diese Massnahmen gilt es weiterzuführen und weiterzuentwickeln.



Massnahmen / Aktivitäten

Mittel- und langfristig

- Zielgerichtete Weiterführung der langfristig ausgerichteten Basiskampagne «Gut, gibt's die Schweizer Bauern».
- Intensive Kommunikation der Positionen und Anliegen des SBV beziehungsweise der Bauernfamilien.

2004: Basiskommunikation

Weiterentwicklung und Weiterführung der Imagekampagne «Gut, gibt's die Schweizer Bauern» basierend auf den Resultaten der Werbewirkungskontrolle 2002. Speziell:

- Fortsetzung Plakatkampagne mit «Frühlingsujet» im Frühjahr.
- Fertigstellung und Einsatz eines neuen Messeauftritts, der auch die Themen «Ernährung, Gesundheit und Wohlbefinden» aufnimmt.
- Beteiligung an der Beef 04.
- Weiterführung der Ergänzungsmassnahmen zur nationalen Basiskommunikation in den Kantonen und Regionen.

2004: Öffentlichkeitsarbeit

- Frühzeitige Positionsbezüge zu allen für die Landwirtschaft relevanten Fragen mittels Statements, der Herausgabe von Presscommuniqués und der Durchführung von Medienkonferenzen.
- Weiterentwicklung und Umsetzung einer übergeordneten Internet-Strategie der Schweizer Landwirtschaft.



„Gegenseitiges Vertrauen“ von Susanne Reusser aus Schangnau

7. Regionalpolitik / Raumentwicklung

Ausgangslage / Zielsetzungen

Die bisherige schweizerische Regionalpolitik ist auf die Stärkung wirtschaftlich benachteiligter Regionen ausgerichtet. Die grundlegende Änderung der nationalen und internationalen Rahmenbedingungen haben dazu geführt, dass die heutige Regionalpolitik den neuen Anforderungen nicht mehr gerecht zu werden vermag. Aus diesem Grund soll die Regionalpolitik neu ausgerichtet werden. Mit der Neuausrichtung werden bestehende Programme und Instrumente wie Regio Plus, das Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete, der Bundesbeschluss zugunsten wirtschaftlicher Erneuerungsgebiete (Bonny-Beschluss) usw. überprüft, neu ausgerichtet oder allenfalls aufgehoben.

Grundlage für die neue Regionalpolitik (NRP) soll ein Rahmengesetz bilden. Vorgesehen sind Vierjahresprogramme mit klaren Zielsetzungen. Gelingt es, bis 2006 die neue gesetzliche Grundlage zu schaffen, könnte das erste Vierjahresprogramm 2008 lanciert werden.

Vorgesehen ist, dass der Bund seine Regionalpolitik künftig auf Programme und Projekte ausrichten soll, die in den Regionen nachhaltig wirken und die Innovation und das Unternehmertum unterstützen. Die NRP basiert auf drei Pfeilern: gefördert werden sollen erstens regionale Wertschöpfungssysteme, innerhalb derer eine Innovationsdynamik erhofft wird. Zweitens soll in den Regionen als Innovationsvoraussetzung der Zugang zu Wissen verbessert werden. Drittens sollen Rand- und Berggebiete stärker an regionale Zentren angebunden werden.

Die Landwirtschaft kann durch geeignete Projekte und Programme aktiv an der NRP partizipieren. Die Ideenvielfalt muss jedoch über die bekannten Ansätze des Regionalmarketings hinausgehen. Notwendig sind Ideen und Innovationen in neuen Bereichen auch in Zusammenarbeit mit andern Wirtschaftssektoren wie zum Beispiel Tourismus und Gewerbe sowie mit der regionalen Bevölkerung. Um Neuerungen zum Durchbruch zu verhelfen, ist auch der Handlungsspielraum in Bereichen wie der Raumplanung zu verbessern. Die vom Geschäftsbereich Bildung des SBV lancierte und breit abgestützte Bildungsinitiative *Actif, Regional, Creatif* (ARC) ist ein erstes Projekt, das unter der NRP umgesetzt werden könnte. ARC ist auf eine Stärkung des Unternehmertums ausgerichtet und fördert durch Weiterbildung grundsätzlich das Know-how in den ländlichen Regionen. Mit der Förderung der persönlichen und unternehmerischen Kompetenzen soll die Offensive einen Beitrag leisten zur Gestaltung von Regionen, die ihre Entwicklung selbst in die Hand nehmen.

Mit den sinkenden Einkommen der letzten Jahre wird der wirtschaftlich benachteiligte ländliche Raum zusätzlich geschwächt. Zudem stehen durch den laufenden Strukturwandel immer mehr Gebäude leer und werden nicht mehr genutzt. Es ist also dringend notwendig, die wirtschaftliche Leistungs- und Konkurrenzfähigkeit des ländlichen Raums zu verbessern. Weiter muss die Raumplanung im ländlichen Raum überdacht werden. Es ist zwingend notwendig, dass den Landwirten Freiraum bei der Nutzung der Gebäude zugestanden wird.



Massnahmen / Aktivitäten

Mittel und langfristig

- Impulse setzen zur Entwicklung von Projekten innerhalb der NRP.
- Umfrage Bewilligungspraxis der Raumplanungsbehörden und Massnahmen aus der Auswertung ableiten und umsetzen.
- Neukonzeption der Raumplanung im ländlichen Raum.
- Förderung des Bewusstseins für Anliegen des ländlichen Raums – auch in der Landwirtschaft selbst.
- Erweiterung des unternehmerischen Handlungsspielraums durch Lockerungen in der Raumplanung.
- Sektorübergreifende Zusammenarbeit mit Tourismus und Gewerbe.
- Einsatz für eine flächendeckende Regionalpolitik.

2004

- Vernehmlassung zur NRP.
- Umsetzung und Begleitung der Bildungsoffensive ARC im Rahmen der NRP.



„Walliser Schwarznasen“ von Alfred Hirsig aus Amsoldingen

8. Berufsbildung

Ausgangslage / Zielsetzungen

Zur Zeit werden in der Landwirtschaft und in den landwirtschaftlichen Spezialberufen zu wenig Berufsleute ausgebildet. Die Landwirtschaft hat ein Interesse, gut ausgebildete junge Leute auch in den vor- und nachgelagerten Wirtschaftsbereichen als Arbeitskräfte einzusetzen. Das neue Berufsbildungsgesetz, welches ab 2004 zur Anwendung kommen soll, verlangt von den Berufsverbänden ein stärkeres Engagement in der Bildung. Der SBV nimmt seine Verantwortungen im Bereich der Bildung wahr. Die Berufsbildungskommission bearbeitet die Fragen des Berufsbild aus berufsständischer Sicht und leistet Entwicklungsarbeit in allen belangen der beruflichen Aus- und Weiterbildung, die Beratung und die Forschung. Die Arbeiten gestalten sich in Koordination mit den entsprechenden Gremien der Association des groupements et organisations romands de l'agriculture (AGORA).

Massnahmen und Aktivitäten

Mittel- und langfristig

- Ausarbeiten und Fördern von attraktiven Bildungsangeboten auf allen Stufen der Berufsbildung.
- Gemeinsame, koordinierte Berufswerbung für die «grünen Berufe», unter spezieller Berücksichtigung des Berufs Landwirt/Landwirtin.
- Ausrichtung von Beratung und Forschung auf die Bedürfnisse der Praxis.

2004

- Erarbeiten und weiterentwickeln der Berufslehre « Landwirtschaft» (Grundausbildung) unter den Vorgaben des neuen Berufsbildungsgesetzes.
- Auf der Ebene des Bildungsforums die Zusammenarbeit mit andern Berufsverbänden verstärken.
- Neue Berufs- und Meisterprüfung festigen und im Bereich der Modulentwicklung ausbauen. Im Hinblick auf die Unterstellung unter das neue Berufsbildungsgesetz ist die Struktur des Bildungssystems auf der Tertiärstufe neu zu definieren.
- Einflussnahme auf Reformen des landwirtschaftlichen Wissenssystems (Forschung, Bildung, Beratung).



9. Dienstleistungen für die Bauernfamilien

Ausgangslage / Zielsetzungen

Angesichts des immer stärkeren wirtschaftlichen Drucks, dem die Bauernfamilien ausgesetzt sind, kommt dem Anbieten von günstigen Dienstleistungen eine besondere Bedeutung zu. Die Situation im Bereich der Rekrutierung von Arbeitskräften ist weiterhin sehr angespannt. Per 1. Mai 2004 tritt die EU-Erweiterung in Kraft. Der SBV wird sich dafür einsetzen, dass aus den neuen EU-Ländern möglichst bald Arbeitskräfte für die Landwirtschaft rekrutiert werden können. Die Praktikantenprogramme werden auf einem qualitativ hohem Niveau weitergeführt. Die umfassenden Treuhanddienstleistungen der SBV-Abteilung Treuhand und Schätzung werden laufend den Bedürfnissen der Kundschaft angepasst. Das Vorsorgekonzept der Vorsorgestiftung der schweizerischen Landwirtschaft, der Pensionskassenstiftung der schweizerischen Landwirtschaft und der bäuerlichen Krankenkasse AGRISANO bietet, in Verbindung mit der neutralen Versicherungsberatung, die Möglichkeit, die Familie und den Betrieb bedürfnisgerecht und kostengünstig zu versichern. Das Landwirtschaftliche Bau- und Architekturbüro LBA baut die Beratung aus und informiert die Bauherrschaft leicht verständlich. Vermehrt soll auch die Bauherrschaft in die Planung und Realisation der Bauten mit einbezogen werden.

Massnahmen und Aktivitäten

Mittel- und langfristig

- Weitere Ausrichtung des Dienstleistungsangebotes auf die Bedürfnisse der Bauernfamilien.
- Anbieten von Dienstleistungen mit gutem Preis / Leistungsverhältnis.
- Gewährleisten des Absatzes von Schlachtvieh durch Ausweis der Qualitätssicherung über das Programm QM Schweizer Fleisch und Labelprogramme.

2004

- Qualitativ hochstehendes Beratungsangebot in allen bäuerlichen Rechtsfragen und im Treuhandwesen durch die Abteilung Treuhand und Schätzung.
- Weiterentwicklung des vorteilhaften landwirtschaftlichen Versicherungskonzeptes durch Agrisano und Vorsorgestiftung der schweizerischen Landwirtschaft.
- Ausbau der Praktikanten- und Arbeitsvermittlungsstelle und der Unterstützung der Direktvermarkter durch AGROIMPULS.
- Verbesserung der Aus- und Weiterbildung.
- Das Landwirtschaftliche Bau- und Architekturbüro LBA strafft die Organisation, überwacht laufend die Aufträge und kontrolliert gezielt die Kosten.



10. Der Bauer als Unternehmer (Strategie 2010)

Ausgangslage / Zielsetzungen

Die Schnelllebigkeit der Zeit akzentuiert sich, die Komplexität der Probleme nimmt zu.

Die Anforderungen an die Agrarpolitik, aber auch an die einzelnen Landwirte, haben in den vergangenen Jahren stark zugenommen und werden auch in Zukunft weiter zunehmen. Die Integration des Agrarsektors in die internationalen Märkte und der damit steigende Wettbewerbsdruck, die steigenden Bedürfnisse der Konsumenten an die Nahrungsmittel und erhöhte Erwartungen der Gesellschaft an die Landwirtschaft (Multifunktionalität) stellen den Agrarsektor vor grosse Herausforderungen. Die wirtschaftliche und soziale Situation der Landwirte hat sich in den vergangenen Jahren trotz grosser Anstrengungen verschlechtert. Es gilt, Lösungen zu finden, mit denen die künftigen Herausforderungen bewältigt werden können.

Der SBV hat als Reaktion auf die sich abzeichnende Verschärfung der Rahmenbedingungen im Frühjahr 2002 eine «Arbeitsgruppe Zukunft» eingesetzt. Sie entwickelte die Strategie «Der Bauer als Unternehmer», welche im Vorstand diskutiert wurde. Nun geht es darum, Massnahmen zu treffen, um die formulierten Zielsetzungen zu erreichen.

Massnahmen / Aktivitäten

Mittel- und langfristig

- Weiterentwickeln der Strategie «Der Bauer als Unternehmer» und entsprechender Massnahmen.
- Erarbeiten von Lösungsansätzen für die Agrarpolitik mit Fokus auf den mittel- und langfristigen Zeithorizont.
- **2004**
- Identifikation von Projekten, zur Umsetzung der Strategien 2010
- Ausstellen eines Projektplanes mit einer Prioritätenliste
- Erarbeitung von Projekten in Zusammenarbeit mit Fach-, Branchenorganisationen und weiteren interessierten Kreisen.



„Baum“ von Hans Müller aus Romanshorn

III. Projekte und Aufgaben der Departemente

1. Stab / Kommunikation

Aufgaben / Schwerpunkte

Allgemeines / Verschiedenes

- Übergeordnete Koordination der vom SBV zu bewältigenden Aufgaben.
- Bearbeitung von speziellen Themen (Beispielsweise 2003: Trockenheit) oder ausserordentlichen Fällen.

Geschäftsbereich Kommunikation

- Starke, aktuelle und zielgruppengerechte Präsenz in den Medien mit den für die Bauernfamilien wichtigen SBV-Positionen und Anliegen. Der SBV äussert sich im «Tagesgeschäft» zu den für die Bauernfamilien relevanten Fragen.
- Weiterführung und Optimierung SBV-Wochentelegramm in «Bauernzeitung» und «Agri».
- Herausgabe Jahresbericht 2003 und Tätigkeitsprogramm 2005.
- Starke Präsenz von SBV-Exponenten und Repräsentanten an Veranstaltungen und Anlässen.
- Beratende und begleitende Mitwirkung am Situationsbericht SBV.
- Weiterentwicklung und Weiterführung der Basiskommunikationskampagne «Gut, gibt's die Schweizer Bauern». Durchführung der geplanten Projekte der Basiskommunikation, gemeinsam mit Partnerorganisationen, insbesondere dem Landwirtschaftlichen Informationsdienst (LID) und Agence d'information agricole romande (AGIR) wie Mediakampagne (Fernsehwerbung, Anzeigen- und Plakatkampagne), Pressearbeit, 1. August-Brunch, Messeauftritte, Schulprojekte, usw. Angestrebt wird in diesem Bereich auch eine intensive Zusammenarbeit mit den Mitgliedsektionen.

Speziell:

- Fortsetzung Plakatkampagne mit «Frühlingsujet» im Frühjahr.
- Fertigstellung und Einsatz eines neuen Messeauftritts, der auch die Themen «Ernährung, Gesundheit und Wohlbefinden» aufnimmt.
- Beteiligung an der Beef 04.
- Weiterführung der Ergänzungsmassnahmen zur nationalen Basis-kommunikation in den Kantonen und Regionen.
- Stabilisierung – oder gar Erhöhung - der Anzahl Betriebe für den 1. August-Brunch.
- Verstärkung der Kommunikation gegenüber der jungen Generation und Koordination der Schulprojekte.
- Aktive Mitarbeit in der Agro-Marketing Suisse (Vorstand, AG Messen und Verkaufsförderung).
- Sensibilisierung der bäuerlichen Parlamentarier für die Anliegen des SBV und Förderung der Vertretung von einheitlichen Positionen in wichtigen landwirtschaftlichen Fragen.
- Dokumentierung der Mitglieder des Landwirtschaftlichen Klubs der Bundesversammlung mit den Positionen des SBV in für die Landwirtschaft wichtigen Fragen.



- Sicherstellung von Querverbindungen zu politischen Parteien und Sozialpartnern.
- Im Rahmen des grössten Jugendprojekts der Expo.02 entwickelten Jugendliche eine Zukunftsvision für die Landwirtschaft. Diese zielt darauf ab, den Eigenversorgungsgrad in der Schweiz zu erhöhen und gleichzeitig existenzsichernde Preise für die Bauernfamilien zu realisieren. Zur Festlegung von Massnahmen für die Umsetzung der Vision wird der SBV Jugendliche aus allen Regionen und aus verschiedenen Berufsgruppen einladen. Das Projekt konnte im Jahr 2003 zufolge fehlender Anmeldungen nicht durchgeführt werden, es wird jedoch 2004 neu lanciert.

Geschäftsbereich Stellungnahmen

- Fristgerechte Einreichung von breitabgestützten, fundierten Stellungnahme zu allen für die Landwirtschaft relevanten Themen.
- Koordination der Erarbeitung von Stellungnahmen innerhalb des SBV unter Einbezug der Mitgliedsektionen.
- Betreuung von Spezialdossiers (Gentechnologie, Wald, Alkohol) und Mitarbeit in Arbeits- und Projektgruppen zu speziellen Themen.

Geschäftsbereich Informatik / Support

- Gewährleistung eines reibungslosen Betriebes der EDV-Anlagen und umgehende Behebung bei Störungen und «First Level Support».
- Weiterentwicklung und Umsetzung einer übergeordneten Internet-Strategie der Schweizer Landwirtschaft.
- Betreuung und bedarfsgerechter Ausbau der Website www.sbv-usp.ch.

Geschäftsbereich Administration

- Optimierung der Arbeitsabläufe (Organ- und Adressverwaltung) mittels neuer EDV-Unterstützung.
- Termingerechte Zustellung und Information an die Gremien und Mitgliedsektionen des SBV.
- Optimierung der SBV-internen Prozessabläufe.



“Contadini uoma natura” da Fabiana Domenighini di Gordola

2. Departement Agrarwirtschaft und internationale Beziehungen (DAI)

Aufgaben / Schwerpunkte

Geschäftsbereich Internationales (GBI)

- Einsatz für die Ziele des SBV in den WTO-Verhandlungen, in Zusammenarbeit mit Bauernverbänden anderer Staaten sowie nationalen und internationalen Interessenorganisationen.
- Abschätzung der möglichen Auswirkungen der vorgeschlagenen Liberalisierungsschritte auf die schweizerische Landwirtschaft in Zusammenarbeit mit weiteren interessierten Kreisen.
- Verfolgen der Entwicklung der Agrarpolitik in der EU und Auswirkungen auf die Schweiz. Abschätzen von Chancen und Risiken der Osterweiterung.
- Erarbeiten von konkreten Anforderungen an die Beziehungen zwischen der Schweiz und der EU, insbesondere bei der Umsetzung der bilateralen Abkommen und bei einer allfälligen Weiterentwicklung des Agrarabkommens.
- Einsatz für raschen Abschluss der Umsetzung der bilateralen Abkommen mit der EU im Bereich der verarbeiteten Landwirtschaftsprodukte (Bilaterale II).
- Vertretung der bäuerlichen Interessen, in Zusammenarbeit mit den betroffenen Produzentenorganisationen, in Fragen des Aussenhandels und des Schoggi-Gesetzes.

Geschäftsbereich Agrarwirtschaft (GBA)

- Einbettung der Landwirtschaft in die Gesamtwirtschaft: Mitwirkung in Kommissionen (z.B. Kommission für Konjunkturfragen).
- Begleitung der Umsetzung der Agrarpolitik 2007: Analyse der Auswirkungen und Überprüfung der Praxistauglichkeit.
- Ausarbeitung von Massnahmen zur Umsetzung der Strategie «Der Bauer als Unternehmer».
- Beobachtung der Entwicklung der Märkte unter Berücksichtigung der Gesamtwirtschaft, des Wettbewerbsrechtes und der Nachfragekonzentration (z.B. Weko).
- Analyse der Entwicklung der Kosten und der landwirtschaftlichen Einkommen im Vergleich zur Gesamtwirtschaft und Ableitung flankierender Massnahmen.
- Ausarbeitung einer Milchmarktordnung nach Aufhebung der Milchkontingentierung in Zusammenarbeit mit den SMP. Erarbeitung der flankierenden Massnahmen bei der Aufhebung der Milchkontingentierung: insbesondere Anpassungen im Bereich der Direktzahlungen.
- Erarbeiten der Broschüre Direktzahlungen.
- Erarbeiten des Situationsberichtes.
- Förderung der Partizipation der Landwirtschaft an der Neuen Regionalpolitik (NRP).
- Einsatz für die verbesserte Koordination zwischen Forschung, Beratung und landwirtschaftlicher Praxis.



- Koordination des methodischen Ansatzes in den verschiedenen Arbeitsgruppen im Rahmen der Agrarplattform. Aktive Mitarbeit in der Fokus-Gruppe Multifunktionalität.

Geschäftsbereich Statistik (GBS)

- Sicherstellung und gezielte Weiterentwicklung des internetgestützten Markt- und Preisinformationssystems zu Handen der landwirtschaftlichen Produzenten und der sie vertretenden Organisationen. Realisierung einer Marktinformationsplattform.
- Koordinierung der Agrarstatistik zwecks optimaler Erschliessung vorhandener Quellen und Minimierung des administrativen Aufwandes.
- Mitwirkung in der Begleitgruppe für die Bundesstatistik in den Bereichen Landwirtschaft und Ernährung, im Kontaktgremium FEDESTAT des Bundesamtes für Statistik sowie in der Politischen Arbeitsgruppe «Agrarzukunft Schweiz».
- Laufende Erarbeitung und Bereitstellung der für die berufsständische Interessenvertretung in Politik, Öffentlichkeit und am Markt benötigten Daten und Informationen.
- Laufende statistische Beobachtung des landwirtschaftlichen Produktions- und Marktgeschehens und Erstellung von verlässlichen Prognosen in enger Zusammenarbeit mit den interessierten Fach- und/oder Branchenorganisationen.
- Erstellung der schweizerischen Ernährungsbilanz und Ermittlung des Selbstversorgungsgrades.
- Mitwirkung an der Erstellung der Landwirtschaftlichen Gesamtrechnung sowie des Produzentenpreisindex landwirtschaftlicher Erzeugnisse durch das Bundesamt für Statistik.
- Laufende Nachführung des Einkaufspreisindex landwirtschaftlicher Produktionsmittel.
- Weiterentwicklung des agrarstatistischen Informations- und Dokumentationssystems mit und auf elektronischen Mitteln unter Ausnutzung der neuen Technologien (AgriStat).



„Arrosage“ de Jean-A. Margelisch de Sierre

3. Departement Produktion – Märkte (DPM)

Aufgaben / Schwerpunkte

Geschäftsbereich Pflanzenbau (GBP)

- Unterstützung und Koordination der spezialisierten Organisationen des Pflanzenbaus bei politischen und wirtschaftspolitischen Stellungnahmen.
- Produzentenorganisationen: Unterstützung beim Aufbau von Strukturen, welche Art. 8 und 9 des Landwirtschaftsgesetzes entsprechen (Selbsthilfe und Unterstützung von Selbsthilfemassnahmen).
- Wahrnehmung Mandat zur Schätzung von Ernten und Erträgen durch den SBV Geschäftsbereich Statistik.
- Führung der Plattform «Pflanzenproduktion».
- Geschäftsführung der Abteilung «Pflanzenproduktion» für das Bundesamt für wirtschaftliche Landesversorgung.
- Unterstützende strategische Mitarbeit um den inländischen Marktanteil im Pflanzenbau zu erhöhen.
- Das wirtschaftliche Kostenumfeld und die administrativen Vorschriften überwachen und sich für die Reduktion von Kosten und Vorschriften einsetzen.
- Für optimale Rahmenbedingungen sorgen und die Stellung der Produzenten festigen.

Geschäftsbereich Marktfragen

- Mitarbeit in der Eidg. Kommission zum Schutz geografischer Herkunftsangaben.
- Engagement für eine bestmögliche Platzierung der Produkte und Transparenz im Rahmen der Preisbildung.
- Kontakte mit Verarbeitern, Verteilern und Konsumentenschaft intensivieren.
- Die Interessen der Produzenten vertreten in den Branchenorganisationen und sich engagieren, damit in einem ausgeglichenen Markt kostendeckende Preise erzielt werden.

Geschäftsbereich Ökologie – Energie – Nachwachsende Rohstoffe

- Engagement für die nachwachsenden Rohstoffe und die Erarbeitung von Konzepten.
- Leitung des Projektes «Senkung des CO₂-Ausstosses».
- Politische und technische Lösungen zur Emissionsminderung aus der Landwirtschaft suchen.
- Interessenvertretung der Landwirtschaft in Umwelt- und Ökologiefachgruppen.
- Unterstützung und Koordination der Fachorganisationen im Bereich Umwelt, Ökologie, Energie und Transporte im Rahmen von politischen und wirtschaftlichen Stellungnahmen.



Geschäftsbereich Viehwirtschaft (GBV)

- Ausarbeitung und Umsetzung von Lösungen zur Optimierung der Rahmenbedingungen für die Schlachtviehproduzenten u.a. durch:
 - Aktive Einflussnahme auf die Umsetzung der neuen Schlachtviehverordnung;
 - Vereinbarung eines definitiven Finanzierungsschlüssels für die Entsorgung der Schlachtnebenprodukte in Verbindung mit dem System der Anreizbeiträge bei der Tierverkehrsdatenbank mit den Fachorganisationen und den Branchenpartnern;
 - Mitarbeit und Einflussnahme bei Festlegung von Produktions- und Einkaufsbestimmungen durch die Marktpartner;
 - Weitere Optimierung der Interessenvertretung der Produzenten in der Branchenorganisation Proviande. Mitarbeit bei der Weiterentwicklung der Funktionen und Aufgaben der Proviande;
 - Weiterführung der Arbeiten zur Schaffung von Transparenz in der Schlachtviehvermarktung (Einkaufsbestimmungen, Abzüge und Zuschläge, Preise usw.). Periodische Aktualisierung und Publikation der Gebührentabellen;
 - Weiterentwicklung eines statistischen Verfahrens zur Schätzung des Schlachtviehangebotes unter Einbezug von klassischer und Label-Produktion.
- Umsetzung des Konzeptes für die koordinierte Interessenvertretung der Kalb- und Rindfleischproduzenten durch die neu gegründete Entscheidungsplattform. Nutzung von Synergien durch die gleichzeitige Führung der Sekretariate der Plattform, der Swiss Beef und der IG öffentliche Märkte.
- Begleitung der Studien von Bund und ETH zur Abschätzung der Auswirkungen der agrarpolitischen und marktbedingten Entwicklungen auf das Schlachtviehangebot.
- Intensive Weiterführung der Einflussnahme auf die Revision der Tierschutzgesetzgebung (Tierschutzgesetz und –verordnung inkl. Richtlinien und Informationen) insbesondere im Hinblick auf die wirtschaftlichen Auswirkungen (Optimierung des Tierschutzes ohne weitere kostensteigernde Bestimmungen).
- Aktive Einflussnahme auf die Umsetzung der Tierarzneimittelverordnung.
- Entwicklung eines Konzeptes zur Optimierung der Tiergesundheit zur Verbesserung der Wirtschaftlichkeit und zur Gewährleistung qualitativ einwandfreier tierischer Lebensmittel (Qualitätsmanagement, Bestandesbetreuung, Entkoppelung der Abgeltung der tierärztlichen Leistungen von den Medikamentenpreisen, Reduktion der Tierarzneimittelleinsätze usw.).
- Weiterentwicklung des QM-Schweizer Fleisch zur breiten Anerkennung als Gütesiegel für die traditionelle Schlachtviehproduktion. Zulassung als Qualitätssicherungsprogramm für Suisse Garantie durch die Proviande.
- Überprüfen der Ziele und Aufgaben von QM-Schweizer Fleisch.
- Umsetzung der Garantiemarke «Suisse Garantie» für den Fleischbereich.
- Optimierung und wo erforderlich Intensivierung (Geflügel, Kleinviehzuchtverbände) der Zusammenarbeit mit den Fachorganisationen der Viehwirtschaft.

4. Departement Soziales, Bildung und Dienstleistungen (DSBD)

Aufgaben / Schwerpunkte

Geschäftsbereich Sozialpolitik

- **Begleitung 11. AHV-Revision:** bei der Revision der Verordnungen infolge der abgeschlossenen Gesetzesrevision.
- **Begleitung 1. BVG-Revision:** Vertretung der Anliegen der Landwirtschaft bei der Revision der Verordnungen infolge der abgeschlossenen Gesetzesrevision.
- **Familienzulagen:** Eintreten für die Revision der Familienzulagenordnung in der Schweiz. Das uneffiziente und ungerechte Zulagensystem mit über 800 Familienausgleichskassen sollte von Grund auf renoviert werden.
- **Sozialmassnahmen:** Realisierung von begleitenden Sozialmassnahmen zur Agrarpolitik. Im Vordergrund steht die Unternehmenssteuerreform (Besteuerung der Liquidationsgewinne und Zeitpunkt der Überführung des Geschäftsvermögens in Privatvermögen) und die Schaffung eines Systems zur Ausrichtung von Beihilfen während einer Umschulung. Ein neuer Anlauf soll für die Realisierung eine Betriebsaufgabeentschädigung gemacht werden.
- **Betriebshelferdienst:** Wir fordern weiterhin, dass Betriebshelferdienste wie in anderen Ländern vom Staat gefördert werden und von der MWSt. befreit werden. Die Strukturen und die Aktivitäten der verschiedenen Organisationen sollten überdacht werden.
- **Krankenversicherung:** Die Anstrengungen weiterführen, die kantonalen Prämienverbilligungssysteme gerechter auszugestalten, damit die Anspruchsberechtigung vieler Bauernfamilien nicht an einer falsch festgelegten Vermögensgrenze scheitert.
- **Begleitung der KVG-Revision:** Bei der KVG-Revision muss verhindert werden, dass Systeme als obligatorisch erklärt werden, die den Bedürfnissen im ländlichen Raum entgegenlaufen.
- **Ernteversicherung:** Der SBV fordert die Verbilligung der Hagelversicherungsprämien durch die öffentliche Hand. Die Hagelversicherung in der Schweiz enthält bereits die wichtigsten Elemente einer Ernteversicherung, wie dies in der EU vorgesehen ist und in Österreich und den USA bereits praktiziert wird (WTO-konform!!).

Geschäftsbereich Treuhand und Schätzungen (T&S)

Bereich Schätzungen (BS)

- **Weiterbildung:** Mittels Kursen, Referaten und Publikationen etc. die Bauernfamilien und Berater weiterbilden in Buchhaltungs-, Steuer- und Rechtsfragen.
- **Raumplanung:** Einflussnahme auf die Ausarbeitung von Ausführungs-Bestimmungen und Weisungen. Die Auswirkungen der RPG-Revision werden mit der Zielsetzung verfolgt, dass diese der Landwirtschaft mehr Handlungsspielraum verschafft. Die Grundlage für entsprechende Vorstösse bildet die umfassende Umfrage zum Vollzug der Raumplanung bei den kantonalen Bauernsekretariaten.



- **Steuergesetzgebung:** Die Problematik der Liquidationsgewinne und der rückwirkenden Vermögenssteuern muss umfassend betreut und weiterverfolgt werden.
- **Revision der Anleitung für die Schätzung** des landwirtschaftlichen Ertragswertes: Der Bundesrat wird Ende Jahr die Schätzungsanleitung beschliessen. Die Umsetzung wird aktiv verfolgt und unterstützt.

Bereich Treuhand (BT)

- **AGRO-TWIN:** Die Ablösung der Betriebsbuchhaltung ist in vollen Gange. Bei der Ablieferung von Daten an die Zentrale Auswertung (FAT) werden markante Verbesserungen erreicht werden.
- Das technische Aufzeichnungsmodul AGRO-TECH kommt durch Ergänzung mit dem Modul 3 in den praktischen Einsatz. Die Anbindung an die Buchhaltung sowie an die Tierverkehrsdatenbank ist gewährleistet. Mit AGRO-TWIN und AGRO-TECH steht den Landwirten eine moderne Betriebsmanagementsoftware zur Verfügung, die die Administration auf den Betrieben wesentlich erleichtern wird.

Vorsorge- und Pensionskassenstiftung der Schweizerischen Landwirtschaft, Krankenkasse AGRISANO

- **Landwirtschaftliches Versicherungskonzept:** Weitere Stärkung des Versicherungskonzeptes. Dies im besonderen durch den weiteren Ausbau der bäuerlichen Krankenkasse **Agrisano** und die Sicherung des vorteilhaften Systems der Vorsorge in der zweiten und dritten Säule.
- **Prävention:** Es gilt die Bauernfamilien von der Bedeutung der Schadens- und Unfallverhütung auf den Betrieben zu überzeugen und zum Beitritt zur Branchenlösung agriTOP zu bewegen. Die Bauernfamilien sollten erkennen, dass Investitionen in die Prävention, neben der Verhinderung von viel Leid auf Dauer auch eine wesentliche **Senkung der Kosten mit sich bringt**.
- **Weiterbildung:** Die Stiftungen führen in ihren Sachgebieten regelmässig Weiterbildungskurse für die bäuerliche Bevölkerung und die Beratungsdienste durch.

Geschäftsbereich AGROIMPULS

- **Arbeitsrecht, Ausländerregelung, Freier Personenverkehr, Revision ANAG**
- Aktive Betreuung der Behandlung des neuen Ausländergesetzes in der parlamentarischen Behandlung. Einsatz für die Schaffung von Rekrutierungsmöglichkeiten von landwirtschaftlichen Arbeitnehmern aus den neuen EU-Ländern.
- Weiterbildung der Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Arbeitsrecht
- **Arbeitskräfte und Praktikantenvermittlung**
- Die aktive Vermittlung von Arbeitnehmern aus den alten EU-Ländern muss infolge Misserfolgs aufgegeben werden. Sie soll im Rahmen des Möglichen durch die Rekrutierung von Arbeitskräften aus den neuen EU-Ländern ersetzt werden. Die Praktikantenprogramme werden ohne Qualitätsverlust weitergeführt.
- AGROIMPULS vermittelt jungen Bauern und Bäuerinnen sowie Personen aus verwandten Berufe interessante Weiterbildungsmöglichkeiten. Im Vordergrund stehen Praktika auf Betrieben in der ganzen Welt sowie Sprachschulaufenthalte im In- und Ausland.



- **Vernetzung ländlicher Raum**
- **Verbesserung der Zusammenarbeit:** Die Bestrebungen, die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure (Tourismus, Gewerbe, Landwirtschaft, öffentliche Hand, Unternehmungen der Ernährungswirtschaft) im ländlichen Raum zu verbessern, werden weitergeführt.
- Zu- und Nebenerwerb
- **Pure Märkte:** Den Direktvermarktern soll attraktives, zweckmässiges und kostengünstiges Verpackungs- und Werbematerial angeboten um ihren Verkaufserfolg zu erhöhen. Das Angebot wird laufend an die ändernden Bedürfnisse angepasst. Der Umsatz soll weiterhin markant gesteigert werden.
- **Bauern bieten:** Verbesserung des Bekanntheitsgrades des zusätzlich zu modernisierenden Internetportals auf dem das ganze Angebot das die Bauern direkt an Markt offerieren, ersichtlich werden soll in enger Zusammenarbeit mit dem Portal Landwirtschaft.ch.

Geschäftsbereich Bildung

- Landwirtschaftliche Grundbildung (Sekundarstufe 2).
- Ausarbeiten des Ausbildungsmodells auf der Grundlage der brancheninternen Vernehmlassung 2003.
- Erarbeiten der Grundlagen, welche für die Ausgestaltung der Bildungsverordnung notwendig sind (Masterplan BBT für die Umsetzung des neuen Berufsbildungsgesetzes).
- Ausbau der Dienstleistungen zu Gunsten der Lehrbetriebe und Schulen (Lehrstellenvermittlung, Allgemein Bildender Unterricht (ABU), Prüfungsunterlagen).
- Berufliche Weiterbildung (Tertiärstufe)
- Reform und Weiterentwicklung der modularen Berufs- und Meisterprüfung auf der Basis der dreijährigen Erfahrung.
- Aufnahme von neuen Weiterbildungsbedürfnissen in den Modulbaukasten.
- Berufsorientierte Weiterbildung (Erwachsenenbildung).
- Umsetzung der Weiterbildungsoffensive ARC: Durchführung der Startphase, Evaluation und, bei positiven Erkenntnissen, Überführung in die Umsetzung ab 2004 bis 2009. Die Offensive soll unterstützend wirken bei der Realisierung der Strategie «Der Bauer als Unternehmer».
- Weitere Tätigkeiten:
 - Das Projekt Berufsbildungswerbung soll zur Entscheidungsreife ausgearbeitet und allenfalls an zwei Bildungsmessen eingeführt werden.
 - Konsolidierung von QM im Geschäftsbereich Bildung.